

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Verlag und Anzeigenverteilung: Verlag Vorwärts, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

NO

Zolldebatte im Ausschuss.

Kanitz verteidigt die Forderungen der Agrarier. — Beginn der Generaldebatte.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages begann heute morgen die Beratung der kleinen Zolltarifvorlage in einiger Unordnung. Die Schuld daran lag bei den Parteien, die plötzlich während der wichtigsten Beratungen die Neuschlüsselung der Ausschüsse beschlossen hatten.

Als Herr Dr. Schneider von der Deutschen Volkspartei 10 1/2 Uhr als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung eröffnete, machten die Sozialdemokraten sofort darauf aufmerksam, daß der Ausschuss ja noch gar nicht entsprechend den neuen Beschlüssen der Mehrheit ordnungsgemäß konstituiert sei. Darüber gab es nun eine ausgedehnte Erörterung. Unterdessen sagte der Kleinsteauschuss, um die gestern geschlagenen Töpfe nach Möglichkeit wieder ganzzumachen. Nach einer halben Stunde erschien Genosse Hermann Müller und verkündete den Beschluß des Ausschusses, daß einstweilen weiter verfahren werden sollte, als ob überhaupt nichts geschehen wäre. Nun begann der Ausschuss seine Tätigkeit mit der Wahl eines neuen Vorsitzenden. Gewählt wurde der Abg. Dr. Perillus vom Zentrum.

Ernährungsminister Graf Kanitz verbreitete sich sodann über die produktionsfördernde Wirkung der Agrarzölle. Allerdings nach der Statistik seien die Erträge unter den niedrigen Capriozöllen stärker gewachsen als unter hohen Bülow-Zöllen. Aber diese Statistik sei sehr ansehbar. Die Landwirtschaft stehe noch immer in der Preiskrise. Die Frachtpreise seien sehr hoch. Dazu kämen die hohen Steuern.

Die Weltmarktpreise genügen ihr nicht.

Sie haben sinkende Tendenz und stehen sehr schon erheblich unter den deutschen Inlandspreisen. Die Aussichten auf die Ernte sind Gott sei Dank in Deutschland sehr günstig. Sie sind aber im übrigen Europa, in Amerika und in Rußland gleichfalls günstig. Man muß mit Preisstürzen auf dem Weltmarkt rechnen. Die Reichsregierung hat sich erst nach langem Hin und Her zu den Mindestzöllen entschlossen, und nur aus rein sachlichen Gründen. Bei den Handelsvertragsverhandlungen geht es sonst so, daß zuletzt auf Kosten der Landwirtschaft Konzessionen gemacht werden. Darum hat die Regierung schweren Herzens ihren Beschluß gefaßt, denn es macht ihr sicher keinen Spieß, im Reichstag Mindestzölle für Brotgetreide zu propagieren. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Wenn man gegen Mindestzölle ist, muß man für hohe autonome Sätze sein. 3 Mark sind kein ausreichendes Rüstzeug. Die Wissenschaftler haben recht, als sie im Reichswirtschaftsrat gegen Mindestzölle waren. Damals waren die Weltmarktpreise eben noch höher. Ich bin aus dem Ausschuss wieder herausgegangen, wie ich hineingegangen bin. (Zuruf links: Nichts zugelernt! — Große Heiterkeit.) Rußland wird in nächster Zeit nicht exportieren, Kanada, Amerika, Argentinien desto mehr. Was die Vieh- und Fleischzölle betrifft, so brauchen wir auf diesem Gebiet überhaupt keinen Import. Die Fortschritte der Technik ermöglichen die Deckung des Bedarfs aus eigenen Kräften. Was wir der Landwirtschaft heute aus Kurzsichtigkeit verweigern, werden wir in einer viel katastrophaleren Lage wiedergeben müssen. Ein maßvoller Schutz Zoll

kann nicht entbehrt werden. Was nützen aber der Landwirtschaft hohe Preise, wenn sie nicht bezahlt werden können. Das weiß die Regierung so gut wie sie. Man würde, weiß der Himmel, bequemer leben ohne Zollvorlagen, aber wir können es doch nicht anders machen als das Ausland.

Dieser Rede des Ministers schließt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte an. Rosenberg (Komm.) fordert Auskünfte über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Schneider (D. Sp.) unterstützt diesen Vorschlag. Hilferding wünscht Auskünfte auch über Polen, Rußland, Italien, Belgien. Alle Auskünfte werden den Anträgen werden angenommen. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus fordert Vertraulichkeit für die Auskünfte, die zu geben er sich bereit erklärt.

Hierauf erklärt Wiffell (Soz.): Die Generaldebatte wird voraussichtlich mehrere Tage dauern. Wir wollen uns nicht den Vorwurf absichtlicher Verschleppung machen lassen, darum sehe ich mich jetzt schon genötigt, folgendes festzustellen: als erster hat für die Regierung der Ernährungsminister Graf Kanitz gesprochen. Ich schließe daraus, daß die Agrarzölle zuerst beraten werden sollen.

Wir wünschen aber zuerst die Beratung der Industriezölle.

Ueber die Agrarzölle fehlt uns noch der ausführliche Bericht des Reichswirtschaftsrats. Viele Punkte sind noch nicht geklärt. Ueber sie ist eine Enquete notwendig. Während wir die Industriezölle beraten, kann zugleich das Material zur Beurteilung der Agrarzölle ergänzt werden. So kommen wir am besten weiter.

Gräfe (Bölk.) und Rosenberg (Komm.) erklären sich mit Wiffell einverstanden.

Ernährungsminister Graf Kanitz spricht in erregtem Ton sein Bedauern über den Antrag Wiffell aus. Es bestehe kein Grund, die Industriezölle vorwegzunehmen. Die Regierung bittet, die Zollvorlage von vorn zu beraten, also mit den Agrarzöllen zu beginnen. Auf das Gutachten des Reichswirtschaftsrats könnte man lange warten. Die Regierung lege aber Wert auf Erledigung vor den Sommerferien. Auf den Einwand Hilferdings, die Zollvorlage sei zu spät eingebracht, erwidert der Minister in noch ausgereifterer Tone: Wir müssen mit den Agrarzöllen anfangen, hat doch schon der „Vorwärts“ angekündigt, daß die Agrarzölle besonders ausführlich beraten werden sollen.

Wiffell protestiert gegen die Unterstellung des Ministers, die sozialdemokratische Fraktion werde von anderen, als rein sachlichen Motiven geleitet.

Die Erregung des Ministers sei aber wohl zu verstehen.

Sei es doch noch keiner Regierung wie dieser passiert, daß die Wissenschaft erklärt habe, ihre Vorlage sei bloß Ratulatur.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte beschließt man auf Vorschlag des bayerischen Volksparteilers Horlacher, in die Generaldebatte einzutreten und alle Anträge bis zu deren Abschluß zurückzustellen. Hierauf beginnt die Generaldebatte gegen 1 Uhr mittag mit einer Rede des Genossen Georg Schmidt (Köpenick).

Rüchenmeister sei daher eine Beihilfe nicht nachgewiesen und der Anklagevertreter beantrage deshalb für ihn die Freisprechung.

Brandt sei gemäß §§ 44 und 49 StGB. zu bestrafen. Er habe Beihilfe zum Mord geleistet, er habe sich an einer schweren Tat mit schweren Folgen beteiligt. Er müsse es sich zurechnen, daß die unheilvollen Folgen der Tat Kerns und Fischers mit auf sein passives Verhalten und sein Unterlassen zurückzuführen seien. Strafmildernd sei ihm zugute zu halten, daß er erst spät von dem Mordplan erfahren und daß er versucht habe, die Tat abzuwenden, daß er jedenfalls nicht ganz untätig geblieben sei. Ferner sei bei ihm zu berücksichtigen, daß er sich als Gegner des politischen Mordes bekannt und daß er tatsächlich ein Attentat auf Rathenau bei dessen Rückkehr aus Genua verhindert habe.

Unter Abwägung aller dieser Gründe beantragte der Anklagevertreter gegen Brandt wegen Beihilfe zum Mord eine Justizhausstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, hal aber von einer Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte Abstand zu nehmen, da die Lösung Rathenaus auf politische Motive zurückzuführen sei, es insolge dessen sich um einen politischen Mord handle.

Weiter beantragte er gegen Brandt wegen unerlaubten Waffenbesitzes eine Geldstrafe von 500 R., die aber, ebenso wie ein Jahr ein Monat der beantragten Justizhausstrafe durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten seien.

Nach einer kurzen Pause begannen dann die Plädoyers der Verteidiger.

Der geglückte Militärputsch.

Seine Ursachen und Vorwände.

London, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Militärputsch in Griechenland ist geglückt. Pangalos hat die Regierungsbildung übernommen und den beiden Führern der revolutionären Bewegung einen Sitz in dem neuen Kabinett angeboten. Die Tatsache, daß dieser fünfte Putsch in der Republik Griechenland seinen Ursprung in Saloniki hat, läßt darauf schließen, daß die Politik des Kabinetts Michalopoulos gegenüber der Türkei und Südslawiens eine der Ursachen des Putsches ist.

Horthys Rache.

Budapest, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Dem ehemaligen Innenminister Beniczky wurde mitgeteilt, daß er wegen Beleidigung des Reichsverweyers und Verletzung des Amtsgeheimnisses weiter in der Untersuchungshaft verbleibe. (!) Es werden ihm gleichzeitig alle Begünstigungen entzogen.

Noch keine Klärung in Frankreich.

Die taktischen Strömungen in der sozialistischen Partei.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Paris, 25. Juni. (Durch Telephon.)

Die politische Krise, in der sich Frankreich seit zwei Wochen befindet, ist durch die Abstimmung nach der Marokkodebatte in der Dienstagssitzung keineswegs zum Abschluß gebracht worden. Wenn zwei Drittel der sozialistischen Fraktion für die Vertrauensstagesordnung gestimmt haben, während ein Drittel sich enthielt, so heißt das nicht, daß das Verhältnis der sozialistischen Partei zum Kabinett Painlevé nun wieder normal ist. Es bedeutet vielmehr, wie es die Tagesordnung auch besagt, daß die sozialistische Fraktion Vertrauen hat zu dem Willen der gegenwärtigen Regierung, keinen Eroberungsplänen in Marokko nachzugehen, das Rifgebiet nicht in die französische Zone einzuverleiben zu wollen, mit Spanien keine gemeinsame militärische Operationen vorzubereiten und mit Abd el Krim so rasch wie möglich zu Verhandlungen zu kommen, um zwischen der Zone, die Frankreichs Protektorat untersteht, und der Bevölkerung des Rif zu einem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen.

Was die Regierung der sozialistischen Fraktionsleitung vertraulich als Beweis für ihren Friedenswillen am Tage vor der großen Debatte in der Kammer vortrug, hätte genügen können, um die Sozialisten zu beruhigen. Aber die Fraktion legte den größten Wert darauf, daß der Ministerpräsident, so weit er sich nicht durch diplomatische Rücksichten absolut gebunden fühlte, dem Lande in öffentlicher Sitzung über die Absichten Frankreichs Aufklärung gab. Als Painlevé das getan hatte, besonders in seiner zweiten Intervention, konnte die Fraktion dem Rate Leon Blums folgen und das Vertrauen aussprechen. Hätte die Regierung keine befriedigenden Erklärungen abgegeben, so wäre es im Zusammenhang mit der Marokkofrage zur Trennung gekommen. Immerhin war die Fraktion von dem Willen besetzt, den Nationalisten den erhofften Dienst nicht zu leisten. Außerdem aber hatten auch die Radikalen den Wunsch, eine Krise nicht auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ausbrechen zu lassen. Die unzweideutige Stellungnahme der Regierung, die befriedigende Antwort, die sie auf die sozialistischen Fragen gab, haben schließlich eine gemeinsame Tagesordnung der zum Linkskartell gehörenden Parteien ermöglicht. Aber sowohl die Regierung wie die Kartellparteien sind sich darüber einig, daß der eigentliche Kampf, bei dem es nicht nur um den Bestand des Kabinetts Painlevé, sondern um die an sich viel wichtigere Aufrechterhaltung des Linkskartells geht, erst bevorsteht.

Ueber den Sinn der in der letzten Zeit von den Sozialisten vorgebrachten Kritiken ist auch im Ausland viel geschrieben und geredet worden, das mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Das mag daran liegen, daß die Fraktion und der Parteivorstand bisher noch zu keinem abschließenden Urteil, zu keiner endgültigen Stellungnahme gekommen sind. Wie falsch gewisse Dinge beurteilt werden, geht z. B. daraus hervor, daß der Verfasser der Resolution, die im allgemeinen als Bruch nicht nur mit dem Kabinett Painlevé, sondern auch mit dem Linkskartell gedeutet wird, Comptre Morel, für die Beteiligung der Partei an der Regierung ist und wohl so durch die Herbeiführung einer Ministerkrise den Augenblick dieser Beteiligung, für die er sich auf dem Kongress in Grenoble ausgesprochen hatte, zu beschleunigen suchte. Andererseits ist Leon Blum, der der Ansicht ist, daß die Finanzpolitik Cailloux die Fortführung der Unterstufung, wie sie bisher von der sozialistischen Partei ausgeübt wurde, dem Kabinett Painlevé gegenüber nicht möglich ist, trotzdem gegen den Sturz der Regierung. Renaudel dagegen, der offen als Hauptverteidiger des Kabinetts ausgesprochen wird, hält den Sturz des Kabinetts fast für unvermeidlich, nachdem sich Cailloux auf gewisse Finanzmaßnahmen festgelegt hat; er glaubt aber nicht, daß die Partei deshalb wieder in die Opposition zurückkehren kann, ohne das Land der Gefahr einer großen politischen Konfusion auszusetzen, und endlich gibt es Mitglieder der Fraktion, wie Barenne und Boncour, die der Regierung Painlevé bei ihrem Regierungsantritt sehr mißtrauisch gegenüberstanden, die es aber heute für möglich und wünschenswert halten, Painlevé am Ruder zu lassen und im gegenwärtigen Augenblick, in dem die große Rückzahlung eines Teils der kurzfristigen Anleihe bevorsteht, jede Ministerkrise vermeiden wollen.

Aber so mannigfaltig die Ansichten in taktischer Hinsicht auch innerhalb der sozialistischen Partei sein mögen, in einem Punkte ist man sich einig: daß die sozialistische Partei an der Aufrechterhaltung des Linkskartells ein großes Interesse hat.

Soweit die Darlegung unseres Pariser Sonderberichterstatters. Sie werden durch einen heute früh im Gewerkschaftsblatt „Peuple“ erschienenen Aufsatz von Leon Blum unterstrichen, der die Zustimmung der sozialistischen Fraktion zu einer gemeinsamen Vertrauensresolution des Linkskartells für Painlevé damit begründet, daß der Ministerpräsident und der Außenminister in ihren Erklärungen in der Nacht Sitzung der Kammer vom Dienstag zum Mittwoch die von der sozialistischen Partei gestellten Forderungen — Verzicht auf jegliche Eroberungspläne — möglichst schneller Friedenschluß unter Gewährleistung der Unabhängigkeit des Rif — voll erfüllt hätten.

Strafantrag im Rathenau-Prozess.

3 Jahre 6 Monate Zuchthaus für Brandt. — Freispruch für Rüchenmeister.

B. S. Leipzig, 26. Juni.

Heute begann das Plädoyer des Vertreters der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Küdert. Von entscheidender Bedeutung, so führte der Anklagevertreter aus, ist die Frage, wann Brandt Kenntnis von dem Mordplan erhalten hat. Bei der unzuverlässigen Zeugenaussage Tillessens ist eine bestimmte Feststellung darüber, daß dieser Mordplan schon auf der Marine-Offiziers-Tagung Pfingsten 1922 in Berlin erörtert sei, nicht möglich. Es ist möglich, daß Brandt von dem Plan schon wußte, als er den Kraftwagen in Freiberg besorgte. Bestimmt aber hat er von dem Attentatsplan am 21. Juni Kenntnis gehabt. Es muß ihm zum Vorwurf gemacht werden, daß er nicht mit der nötigen Energie vorgegangen ist, um die Tat zu verhindern, und daß er ferner keine Anzeige erstattet hat. Selbst wenn er auf Tillessens vertraute, so hätte er doch die Sache im Auge behalten müssen. Auf der anderen Seite muß ihm zuerkannt werden, daß er den ernstlichen Willen gehabt hat, die Tat zu verhindern, was man ihm auch schon nach seiner ganzen Persönlichkeit glauben kann. Brandt hat sich stets als Gegner des politischen Mordes bekannt. Tatsache ist weiter, daß der Plan einer Freireiung von Gefangenen im besetzten Gebiet durchaus kein Hirngespinnst, sondern eine ernstgemeinte Sache war. Unter Zusammenfassung aller Gründe kam der Anklagevertreter zu dem Schluß,

daß Brandt sich der Beihilfe zum Rathenau-Mord schuldig gemacht habe und demgemäß zu bestrafen sei.

Was den Angeklagten Rüchenmeister betrifft, so spreche gegen ihn, daß er einen wertvollen Kraftwagen einem Unbekannten hingegeben habe, allerdings sei zu berücksichtigen, daß er das nicht ohne Überlegung und letzten Endes nur aus seiner Hilfsbereitschaft für die Kameraden getan habe. Von seiner Flucht nach dem Döhlhof könne keine Rede sein. Die schwerste Belastung für Rüchenmeister bedeutete ein Brief aus Tirol, vor allem der erste an seinen Vater mit dem Bausus: „Ich habe es mir gedacht.“ Aber die Auslegung dieser Briefe durch Rüchenmeister sei durchaus glaubhaft, man könne ihm glauben, daß er, wie dies auch aus den späteren Briefen hervorgehe, von einer Teilnahme an der Tat nichts gewußt habe. Zu berücksichtigen sei ferner, daß er diesen Brief in einer seelischen Depression geschrieben habe. Bei dieser Würdigung des Beweisergebnisses könne nicht festgestellt werden, daß Rüchenmeister gewußt habe, wozu er seinen Kraftwagen ausgeliehen habe und man kann ihm glauben, daß er von den Plänen Kerns und Fischers nichts gewußt habe.

Indessen geht aus einem weiteren eigenen Drahtbericht aus Paris vom heutigen Vormittag hervor, daß die Gefahr einer Regierungs- oder gar einer Kartellkrise, wie oben erwähnt, noch keineswegs überwunden ist, und zwar wegen der Finanzpläne Caillaux'. Die „Sanierungsmaßnahmen“ des Finanzministers nehmen, so heißt es in dieser Drahtmeldung, von Tag zu Tag eine merkwürdigere Gestalt an. Wie die Pariser Morgenblätter mitteilen, ist die am Donnerstag angeforderte Ausgabe wertbeständiger Bons auf Dollar oder Goldbasis lediglich dazu bestimmt, den stärksten Rückfluß an Nationalverteidigungsbonds zu absorbieren, d. h. die Mittel zur Beschaffung um die zur Einlösung präsentierten Bons zu erhalten; darüber hinaus aber beabsichtigt Caillaux, um den Rückfluß der am 1. Juli zu Verfall gelangenden etwa 2 Milliarden Schatzwechsel sicherzustellen, eine neue Erhöhung des Notenumlaufs um 4 bis 5 Milliarden. Seine Projekte sollen heute vom Ministerrat endgültig sanktioniert und heute nachmittags im Bureau der Kammer deponiert werden. Die Regierung wird dann durch Stellung der Vertrauensfrage ihre sofortige Verabschiedung erzwingen derart, daß die Finanzkommission sie noch heute nachmittags vorbereite und das Plenum sie in einer Nachtstunde votieren soll. Die verlangte Durchsicht dieser Vorlagen, die voraussichtlich eine verhängnisvolle Wirkung auf die Währung haben werden, wird damit begründet, daß die Börse, die in den letzten Tagen infolge der zirkulierenden Gerüchte eine ungewöhnliche Nervosität an den Tag gelegt hatte, vor vollendete Tatsachen gestellt werden müßte. Der wahre Grund scheint der zu sein, daß Caillaux hofft, durch Ueberrumpelung die zu erwartende Opposition der Linken gegen seine Projekte zu brechen.

Die Rif-Blockade.

Paris, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Abkommen über die Blockade der marokkanischen Küste ist von der französischen und spanischen Regierung unterzeichnet worden und tritt heute in Kraft. Im übrigen scheinen bei den französisch-spanischen Marokkoverhandlungen große Meinungsverschiedenheiten zwischen den Militärgeheimräten zu bestehen, da die Beratungen ziemlich langsam vorwärts schreiten. Man erwartet, daß General Primo de Rivera in den nächsten Tagen in Anbetracht dieser Schwierigkeiten von Tetuan nach Madrid zurückkehren wird.

Der Prozeß gegen Oberleutnant Jordan.

Die Sachverständigen über die Schuldfrage.

Minden, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag morgen erfolgten die Gutachten der Sachverständigen in Sachen des Beteiligter Führers. Als erster Sachverständiger wurde zunächst Oberst Stobbe vom Reichswehrministerium vernommen, der in ungefähr einstündigen Ausführungen die ganze Sachlage noch einmal durchgeht. Nach seiner Ansicht trägt Oberleutnant Jordan die Verantwortung für die Ueberfahrt. Trotzdem ist er der Ueberzeugung, daß Jordan keine Schuld trifft. Er habe die Gefahren des Führerübergangs in einer seinem Dienstalter entsprechenden Weise erkannt.

Der zweite Sachverständige, Oberst von Sommerfeld-Kassel, ist der Ansicht, daß den Oberleutnant Jordan keine Schuld trifft. Er schiebt die Schuld den „obersten Behörden“ und der mangelhaften Konstruktion der stiegenden Brücke zu. Die obersten Behörden hätten die veraltete Fähre längst aus den Bestimmungen streichen müssen. Er hätte die Befragung in gleicher Weise wie Oberleutnant Jordan vorgenommen. Heute jedoch würde er nicht mehr mit 100 Leuten übersehen, vielleicht sogar überhaupt nicht. Wenn irgend eine Schuld dem Oberleutnant Jordan treffen könnte, so bestände diese darin, daß Jordan nicht genügend Bedienungsmannschaften zur Stelle gehabt hätte. Aber das habe daran gelegen, daß ein Teil seiner Truppen als Sprengkommando nach Holtrop geschickt worden wäre. Wenn sonst noch ein Umstand in Frage käme, so sei es die zu schnelle Ueberfahrt. Sodann wird Regierungsaurat Reinschmidt-Minden vernommen.

Strandtypen.

Von Victor Rod.

Sella auf Rügen, im Juni.
An einhundertundfünfzig Meter unter wolkenbeschatteter Hochufer liegt sonniger Badesirand, dicht besiedelt mit Strandkörben. Die lustig bewimpelten Umwallungen berühren einander. So lebhaft war lange keine Vorfallon; lebt man doch erst in der zweiten Hälfte des Juni. Hinan, herab die breite weiße Treppe wehen im trischen Winde leichte, helltöne Gewänder. Gespräche, Gelächter, Geigen-, Flöten- und Wellenspiel rauschen und klingen. Das Meer glänzt gen Osten wie rieselndes Silber, gen Westen, vor Stubbenkammer, ist's tintig blau, und am Strand, über gedeckten Sandbänken, hellgrün. Punktstark klein, wie Schmetterlinge geschlossene Flügel, ziehen der Fischerboote rotbraune Segel und über ihnen weiße Wölken. Ein Küstendampfer schwimmt so dicht vorüber, daß man Maschinen brummen und klampfen hört.
Nicht jeder sieht das Schöne, sinemalen dazu außer dem Sehorgan noch etwas gehört, was mancher nicht hat, wie beispielsweise der „Selige“ meiner Pensions-Tischdame, einer lustigen Wittib zwischen fünfzig und sechzig: Der besah dafür ungeheuerliche Frechorgane. Er verzehrte zum Frühstück ein Pfund geschabtes Fleisch, Schinken oder so was, zum Mittag eine gut ausgewachsene Ente; trank dazu drei Flaschen Rotwein oder achtzehn Glas Bier und erleichterte sich die schweren Stunden der Verdauung danach durch eilige Importen.
Als ich nach seinem Einkommen fragte: „So etwa sechzig bis siebzigtausend Mark im Jahr — das heißt vorin Kriege. Er starb ja vor Kriegsausbruch; wie der Arzt meinte: an der Schlemmerkrankheit. Mehr als zwei Zentner hat er zuletzt gewogen, so stark, feist und rot war er geworden.“
Fröhlich — ein harmloses Gemüt — verplauderte sie, wie er seine Geschäfte telephonisch, so aus dem Klubbessel heraus erledigte. Die hätte sein Bauch sonst Zeit gehabt, diese Riesennahrung zu verdauen.
Ich höre das Krankenwägelchen des Wiener Professors auf sandigem Badewege nahen, mühsam geschoben von seiner jungen Frau. Nicht entfernt so alt, wie er aussieht, ist dieser Kriegsbeschädigte. Zerhoffene Birbesäule. Körperlich gelähmt, aber geistig sprühend lebhaft. Sein Weib: Kamerad durch dick und dünn. Hochkultur der Ehe. Scharf profilierte Gesicht, deren Schönheit vom Auge ausstrahlt. Vornehme Intellektuelle. Rügen Etappe auf der Fahrt nach Schweden.
Man fragt nach der hübschen jungen Stenotypistin, die fromm-matt, lechzend nach Himmel und Wasser, lüftert auch auf den Erfolg des neuen Badeanzugs mit koketten Köckchen und meergrüner Kappe, am Tage der Antunft quieszend vor Vergnügen sich in die glühend schäumenden Wellen warf und ohnmächtig unterging. Dann lag sie nach, wie tot, in Reugler und Furcht von hundert Augen. Ein Arzt spritzte Kampfer ins Blut. Wohl eine Stunde lang mühten wir uns, knospenzarter Brust Lebensrhythmus zurückzugeben. Tierisch wilde Laute gurgelten sich aus gewaltig geöffnetem Munde, schredlich sich wiederholend.
Die beiden Augen Gesichter lächelten gemeinsam: Sie lebt, ist

Protest gegen den Brotwucher.

Rundgebungen in Hamburg.

Hamburg, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Hamburger Sozialdemokratie hatte gemeinschaftlich mit den freien Gewerkschaften die Hamburger Arbeiterschaft zum Donnerstagabend zu Protestversammlungen gegen die Zollpolitik der Rechtsregierung gerufen. In den größten Sälen der Stadt stauten sich die Massen. Die Versammlungen waren ein leidenschaftlicher Protest gegen die neue Belastung der breiten Massen durch die Schutzzölle. Sie bekundeten weiter eindeutig und eindrucksvoll, daß zur Führung des Kampfes gegen die Schutzzölle und für die Interessen der breiten Massen nur die deutsche Sozialdemokratie berufen ist. Die Kommunisten, die in allen Versammlungen für ihre Parole Stimmung zu machen versuchten, fielen ab. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die beabsichtigten Zölle als ein Attentat auf Volksernährung und Volksgeundheit bezeichnet werden.

Verwirrung in allen Ausschüssen.

Geschäftsordnungsdebatten.

Die Geschäftsordnungsdebatten am Schluß der Donnerstagssitzung fand heute vormittag in fast allen Ausschüssen ihre praktische Fortsetzung.
In allen Ausschüssen wurde heute früh entsprechend der Geschäftsordnung von der Opposition Einspruch erhoben gegen die Sitzung und verlangt, daß erst die Entscheidung des Ältestenausschusses abgewartet werden müsse. Der Verkehrausschuß stellte aus Grund eines Protestes der Sozialdemokraten sofort seine Arbeit ein.
Die Auseinandersetzungen erreichten ihre dramatische Steigerung im Steuerauschuß, dessen Zusammenkunft den Anlaß zu dem — gelinde ausgedrückt — merkwürdigen Spiel der bürgerlichen Parteien gegeben hat. Der Demokrat Fischer (Rdn) erhob Einspruch gegen die von dem deutschnationalen Vorstehenden Oberstleutnant angeforderte Erledigung der Tagesordnung. Er bezog sich auf die am Vortage im Plenum abgegebenen Erklärungen aus seiner Partei und die für alle Fraktionen notwendige Stellungnahme zu der vom Ältestenausschuß zu erwartenden Neuregelung der ganzen Frage. Veder-Hessen (D.Vp.) wandte sich gegen den Vorschlag, die Sitzung zu vertagen. Er erhob den Vorwurf gegen die Oppositionsparteien, daß sie aus beleidigtem Ehrgefühl und nicht näher zu bezeichnenden materiellen Gründen eine Verschleppung der Ausschusssache anstrebten. Mit einem gerade bei diesem volksparteilichen Vertreter belustigend wirkenden Aufwand von stiltlicher Entrüstung sprach er von unsäglich Arbeit und unschönen Diskussionsgelästen der Opposition.
Genosse Herx unterstrich die Gründe des demokratischen Redners, und wandte sich entschieden gegen die Vorhaltungen des volksparteilichen Vertreters, dem er erklärte, daß er die Vorwürfe unsäglich Arbeit auch auf sich und seine Fraktion beziehe. Wie windig es um die „Sachlichkeit“ der bürgerlichen Ausschussschleute bestellt sei, bewies doch der noch nicht vergessene Antrag des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Bräunighaus, der, um das den Regierungsparteien unbedequate Mehrheitsverhältnis im Steuerauschuß zu corrigieren, verlangt hatte, die Zahl der Mitglieder von 28 auf 32 zu erhöhen. Dieser Antrag bewies deutlich, daß es den Regierungsparteien nicht darauf ankomme, durch die Sachlichkeit ihrer Gründe zu wirken, sondern durch die Zahl ihrer Sätze ihren Machtwillen gegenüber der Opposition zu otkropieren. Die Regierungsparteien wollten einfach die Qualität durch die Quantität ersetzen. Herx betonte, daß, wenn in die Geschäftsordnungsdebatten der Ausschüsse eine sonst ungewohnte Schärfe hineingetragen worden sei, der Vorwurf auf die Urheber dieser Debatte zurückfallen müsse. Die Opposition müsse jede Verantwortung sowohl dafür als auch für die Verschleppung der sachlichen Beratung ablehnen.

Die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer.

Ein Initiativantrag der Regierungsparteien.
Die Ablehnung der Regierungsvorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hat zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungsparteien geführt. Wie nicht anders zu erwarten war, haben sie mit einem Kompromiß geendet, das der Regierung die offene Niederlage erspart, aber auch die Regierungsparteien zu Zugeständnissen an die Regierung gezwungen hat, die sie bisher auf das schroffe ab-

gelehnt haben. Das bezieht sich sowohl auf die Bayerische Volkspartei als auch auf die Deutsche Volkspartei. Die erste hatte jede Erhöhung der Biersteuer als unannehmbar bezeichnet, was bei der Bedeutung, die das Bier im politischen Leben Bayerns spielt, parteipolitisch wohl verständlich ist. Die Deutsche Volkspartei hatte wiederum die Tabaksteuer als unannehmbar bezeugt, zum Teil aus sachlichen Gründen, zum Teil aber auch deswegen, weil die Tabakinteressenten gerade in dieser Partei eine nicht unerhebliche finanzielle Bedeutung haben.

Das Kompromiß liegt jetzt dem Reichstag vor, in Gestalt eines Initiativgesetzes, das die Unterschriften der fünf Regierungsparteien trägt. Es unterscheidet sich von der Regierungsvorlage in vier wichtigen Punkten. Erstens soll die Biersteuererhöhung statt 100 nur 50 Proz. betragen. Zweitens wird die beabsichtigte Erhöhung der Besteuerung von Zigaretten fallen gelassen. Drittens bleibt auch der Rauchtakel von der Erhöhung befreit und viertens wird die Erhöhung der Biersteuer erst am 1. Januar 1926 in Kraft treten.

Bezüglich der stärkeren Besteuerung von Zigaretten hat also die Deutsche Volkspartei ihren Widerstand aufgeben müssen. Die Bayerische Volkspartei hat ebenfalls eine Biersteuererhöhung um 50 Proz. gutgeheißen müssen, was ihr in Bayern nicht gerade großen Zulauf verschaffen wird. Daß die Wirtschaftspartei, deren Vertreter die Ablehnung der Regierungsvorlage im Steuerauschuß veranlaßt hatte, klein beigegeben hat, war bei der Größe dieser Partei und der Größe ihrer Prinzipienfestigkeit auch zu erwarten.

Trotz alledem werden noch einige Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe die auch jetzt noch gefährlichen Pläne der stärkeren Belastung von Bier und Tabak verwirklicht werden sind. Bisher konnten Vorlagen, die einmal abgelehnt waren, nicht wieder auf die Tagesordnung des Plenums des Reichstages gesetzt werden. Außerdem ist es ständige Übung des Reichstages, daß über Ausschusshandlungen dem Plenum Bericht zu erstatten ist. Erst bei dieser Gelegenheit könnte also bei Beachtung der Geschäftsordnung ein neuer Beschluß zur Bier- und Tabaksteuer gefaßt werden. So lange will aber die Regierung und wollen die Parteien nicht warten. Sie haben die Absicht, ihren Initiativgesetzentwurf möglichst bald im Plenum des Reichstages zu beraten und scheinen dabei auch nicht davor zurückzufahren zu wollen, die Geschäftsordnung nach ihrem Rechtsbedürfnis auszulegen.

Die Weinsteuer.

Regierungsparteien gegen Reichsregierung.

Wie bei der Bier- und Tabaksteuer, so bestehen auch bei der Weinsteuer, die am Donnerstag im Steuerauschuß des Reichstages zur Beratung stand, Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und ihren Parteien. Die Regierungsparteien traten für eine Herabsetzung der Weinsteuer auf 10 Proz. ein, da die gegenwärtige Lage des Weinbaues eine Ermäßigung der Steuerlast erfordert. Auch die Sozialdemokratie verlangte die Herabsetzung der Weinsteuer auf 10 Proz. Die Demokraten wollten darüber hinaus auch eine Ermäßigung der Schaumweinsteuer von 30 auf 15 Proz.

Die Reichsregierung bezeichnete die Anträge auf dauernde Ermäßigung der Weinsteuer auf 10 Proz. als ganz unannehmbar. Es könne höchstens in Frage kommen, daß aus den Erträgen der Weinsteuer für etwa zwei Jahre Summen zur Wüderung der Rostlage der Winger zur Verfügung gestellt werden, etwa 25 Millionen pro Jahr. Diese Anregung verdrängte sich alsbald zu einem Antrag der Zentrumspartei. Die Sozialdemokratie bekämpfte ihn, da er unabsehbare Konsequenzen auch für andere Berufsgruppen nach sich ziehe, weil er eine unerbittliche Ungleichheit unter den Bedürftigen schaffe und auch die Art der Verteilung großen Schwierigkeiten begegne.

Trotzdem Staatssekretär Dr. Pöppel vor der Abstimmung noch einmal eindringlich betonte, daß die Herabsetzung der Weinsteuer auf 10 Proz. für die Regierung untragbar sei, wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge auf volksparteilichen Antrag beschlossen, die Weinsteuer für die Zeit bis zum 30. September 1927 auf 10 Proz. zu ermäßigen. Später sollte sie wieder 20 Proz. betragen. Also auch hier haben die Regierungsparteien die Reichsregierung im Stich gelassen.

heiter und guter Dinge, schüttelt ihre blonden Stirnlöcherchen wie nur je und weih von nichts, als daß sie zum Strand gegangen, um zu Baden. Wie sie in ihre Bett gelangt ist, was dazwischen sich ereignet hatte, war vergessen.
„Wie gültig ist doch das Schicksal manch einem.“ seufzte der Kriegsoverlethe bedeutungslos.
Am Abend sah ich die Kleine auf der Reunion. Alle erfreute ihr Dasein. Der Düstere zog mit leerem Sad von dannen.
Reunion. Gipfel des Vergnügens. Jazzbandkapelle. Offr, der Nigeuner, gelist. Braunes Gesicht, schwarze Locken, schwärzender Blick. Wie Wind mit Zweigen, spielt Rhythmus mit seinen geschmelbigen Gliedern. Die Musiker werden betrunken von Wein und Schnaps und von der Anhimmesel. Ihr Spiel wird freier, ihr Benehmen dreister. Ihre Heiterkeit strahlt aus, zieht goldene Kreise, worinnen alle sich tummeln.
Doch nein — nicht alle; da ist auch Publikum, das nicht recht mitmachen kann, obgleich es möchte. Bescheidene Gäste in bescheidener Ecke: angejahrte Ehepaare, Beamte und Kleingewerbler. Mittelstand. Ergraut in einönigen Beruf. Rauerblinnschen, an denen das Glück vorübergeht. Top derer, die den Anstich verpöfzten und eine letzte Möglichkeit trampfaher erfassen, noch ein Stückchen Welt zu erleben. Sie kennen nicht Harz, Thüringen, Riesengebirge — ein wenig von der Sächsischen Schweiz. Nichts sonst, sonst nichts. Rügen ist Anfang und — viel-leicht — Ende.
Wer denkt der Hunderttausende, die nie anders als von draußen durch abwehrend verhängte Fenster auf reich gedeckte Tische sehen? —

Staatliche Wissenschaftspflege.

Nach seiner Heimkehr von der Reise um die Welt hat Professor Fritz Haber, der berühmte Berliner Chemiker, für den Sparauschuß des Reichstages eine kleine Denkschrift geschrieben, um für die Beratungen über die Höhe der Ausgaben für wissenschaftliche Zwecke allen Bedenken entgegenzutreten, die eine Beschränkung dieser Ausgaben fordern, denn wir können nichts Rätigeres und Rühlicheres tun als derartige Aufwendungen verdoppeln, wie das alle Völker tun, die unter den heutigen Verhältnissen wirtschaftlich vorankommen wollen.
Habers Arbeit, die er jetzt in den „Naturwissenschaften“ veröffentlicht, betont die Notwendigkeit, uns „unsichtbare Posten“ in der Bilanz unseres Wirtschaftsvertrages mit dem Auslande zu verschaffen, solche nämlich, die mit der Abgabe deutscher Erfindungen und Fabrikationsverfahren an das Ausland zusammenhängen. Wir haben eine Bevölkerung und ein Ausbildungssystem, die mehr geeignete Menschen für erfinderische Leistung aus naturwissenschaftlich-technischem Gebiete hervorbringen als irgendwo in der Fremde, weil wir vor den Franzosen das Ausbildungssystem voraus haben, vor den Engländern den engen Zusammenhang von Hochschulleben und industriellem Betriebe, vor den Amerikanern die Geduld und die Nachdenklichkeit, die sich in langfristige Aufgaben verliert. Aber wir machen uns unseren großen Vorteil selber zufanden, wenn wir zur Aufrechterhaltung unserer Leistungen nicht jene gewisse mittlere Schicht der Bevölkerung heranziehen, aus der vorzugsweise die verlangten Begabungen hervorgehen, die heute verarmt ist und ihre Söhne nicht mehr aufs gründlichste ausbilden lassen kann.

600 Stipendien müssen jährlich vergeben werden an Menschen, die nach beendetem Studium sich zu selbständigem Können weiterbilden.

Die zweite Stelle, wo die staatliche Unterstützung nötig ist, bildet die Erneuerung der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Verbesserung der Instrumentenbestände in den Instituten. Die Fluktivität der Kriegs- und Nachkriegszeit hat alle Bestände heruntergearbeitet. Wenigstens im mittleren Maße muß in Deutschland das geschehen, was im reichsten Maße in den Vereinigten Staaten geschieht. Die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gibt dafür den Vorteil, daß sie die Uebersicht hat, an welcher Stelle in Deutschland, und oft nur an einer einzigen, solche Anschaffungen nötig sind. Mutterhaft zeigt uns zurzeit Japan, wie man es machen muß. Sein Erdbeben verschlingt an Kosten mehr als die beiden Kriege 1894 und 1904 zusammen. Trotzdem steht das Land auf dem Standpunkte, auf dem Friedrich der Große nach dem Siebenjährigen Kriege stand: kein Land ist zu arm, sich wenigstens an einer Stelle das zu schaffen, was notwendig ist. Zum Beispiel scheint es den Japanern nicht zu kostspielig, für ein chemisches Forschungsinstitut zwei Destillationsapparate für reines Wasser zu beschaffen, von denen der eine aus reinem Golde und der andere gar aus Platin ist. Die wenigen Millionen, um die es sich für solche Ausgaben insgesamt handelt, werden eben gefunden. So wird sich auch bei uns sicher ein Weg finden, wieder Leistungen auf geistigem Gebiete zu schaffen, die durch unsere heimische Industrie hindurch den Weg ins Ausland nehmen, uns dort Beteiligungen erwerben und unsichtbare Einkommenposten im internationalen Wirtschaftsverkehr.

Bau eines deutschen Polarschiffes? Am Donnerstag fanden in Berlin Verhandlungen statt, die die Erforschung der Arktis unter Zuhilfenahme von Zeppelin-Luftschiffen zum Gegenstand hatten. Neben Dr. C. C. C. waren auch Vertreter des Reichsverkehrsministeriums anwesend. Die Einbeziehung internationaler Wissenschaftler in die geplante Expedition wurde allgemein befürwortet und man nimmt an, daß Amundsen bereits in den nächsten Tagen seine Bereitwilligkeit zur Teilnahme an ihr erklären wird. Die deutsche Regierung wird wahrscheinlich schon demnächst bei der Entente um die Genehmigung nachsuchen, einen hunderttausend Kubikmeter großen Polarschiff in Friedrichshafen bauen zu dürfen. Die Kosten dieses Riesenschiffes werden auf 10—12 Millionen Goldmark geschätzt.

Wo die Zigaretten bleiben. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas kommt auf den Kopf der Bevölkerung ein Zigarettenverbrauch von 628 Stück im Jahr — ein Weltrekord. Unmittelbar hierauf folgt Deutschland mit 599 Zigaretten pro Kopf, dann Belgien mit 545, Italien mit 284 und Frankreich mit 249, Schweden steht mit 184 Stück an letzter Stelle.

Eine Tagung für Deutschpflanze und Heimatschutz findet vom 20. bis 25. September in Freiburg i. B. statt. Die Teilnahme steht jedem frei. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle in der Ranglist des südtürkischen Augustinerklosters in Freiburg i. B.

Ein Institut für Kultur ist an der Universität Königsberg gegründet worden. Eine Zeitschrift soll die Arbeitsergebnisse des Instituts den Lesern vorlegen.

Der Deutschenprozess in Moskau.

Ein jüdischer Tscheka-Schwindel.

Der Prozess gegen Kindermann und Genossen hat, wie bereits gemeldet, gestern in Moskau seinen Anfang genommen. Die Anklageschrift liest sich wie ein politischer Hintertreppenroman. Der langen Auslassungen kurzer Sinn ist der, daß niemand anders als die böse Sozialdemokratie, die in der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums ihre Feste aufgeschlagen hat, im Verein mit der O. C. Kindermann und Genossen nach Rußland entsandt habe, damit sie dort politische Spionage treiben und terroristische Akte begehen. Nach einer ebenso langatmigen wie scharfsinnigen historischen Exkursion, in deren Verlauf neben anderen verschiedenen hahnenbüchernen Behauptungen auch diejenige aufgestellt wird, daß die Freikorps von der sozialdemokratischen Regierung ins Leben gerufen, und die Abteilung Ia nicht allein die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs inspiriert, sondern auch die O. C. zu terroristischen Akten angehalten hätte, folgen die Biographien der drei Angeklagten. Es heißt da, daß alle drei Mitglieder verschiedener faschistischer Organisationen gewesen seien und daß sie nur zur Befestigung der RPD, und zwecks Einreise nach Sowjetrußland der kommunistischen Partei in Deutschland beigetreten seien.

Der Beschluß, die Angeklagten zu terroristischen Zwecken nach Rußland zu entsenden, soll von der Berliner O. C. in Erfüllung eines Münchener Auftrages gefaßt worden sein. Auf einer Reihe von Sitzungen soll dann festgelegt worden sein, daß die Angeklagten neben den terroristischen Akten folgende Aufträge zu erfüllen hätten:

Den Kreml, die Wohnungen der leitenden Persönlichkeiten, die innere Organisation der kommunistischen Internationale auszukundschaften; ferner festzustellen, ob die kommunistische Partei Deutschlands von Rußland finanziert würde, durch wen und auf welchem Wege die Beziehungen zwischen der kommunistischen Internationale und Berlin aufrechterhalten bleiben, ob es möglich sei, in Verbindung mit dem letzten Umstände die Handels- und die politische Vertretung in Berlin zu kompromittieren; schließlich die Methoden und die Verhältnisse in Erfahrung zu bringen, wo die illegalen Pässe und Dokumente fertiggestellt werden, sich über die Direktiven der kommunistischen Internationale hinsichtlich der militärischen Organisation der RPD, zu informieren.

Den Vorjuri führt der bekannte Bolschewik Jaroslawski, die Anklage vertritt der Reichsanwalt Rylenko. Die Verteidigung liegt in den Händen des Verteidigers Dzep, der Dittmars Interessen vertritt. Die beiden anderen Angeklagten haben die bestellte Verteidigung nicht akzeptiert. Das Gericht hat beschloffen, den Kommunisten Reumann als Sachverständigen über die deutsche politische Organisation zu laden. Der Angeklagte Kindermann erklärte bei seiner Vernehmung, daß er seine beiden ersten belastenden Aussagen unter Zwang gemacht habe.

Die Verhandlung.

Moskau, 25. Juni. (Melbung der Russischen Telegr.-Agentur.) Aus Anlaß des Prozesses gegen Kindermann, Wolsch und Dittmar ist der Platz vor dem Justizgebäude militärisch abgesperrt und der Zutritt zum Verhandlungsraum nur gegen Karten gestattet. Die Anklage lautet auf Hochverrat, Kindermann, der sich wie Wolsch selbst verteidigen will, erklärt, die Anklageschrift erscheine ihm von einem Irrsinnigen verfaßt zu sein. Der in der Anklageschrift genannte Zeuge sei ein Propagandist der staatlichen politischen Verwaltung. Die von allen drei Angeklagten als Entlastungszeugen angegebenen Kose und Fint sind heute eingetroffen und werden vorverhandelt. Unter Berufung auf die Strafprozessordnung weist der Staatsanwalt darauf hin, daß die Zeugen untereinander nicht in Verbindung stehen dürfen. Daher verfügt die Staatsanwaltschaft die Unterbringung der Zeugen aus Deutschland im Gerichtsgebäude, was aber die Bewegungsfreiheit der Zeugen in Moskau nicht behindern solle. Das Gericht findet die Forderung des Staatsanwalts berechtigt. Hierauf findet eine Rechtsbelehrung durch den Staatsanwalt über die Abgrenzung der Verteidigungsrechte derjenigen Angeklagten statt, die auf ihre Verteidiger verzichten. Kindermann verlangt als erster vernommen zu werden, worauf der Vorsitzende darauf hinweist, daß die Reihenfolge der Vernehmung Sache des Gerichts sei. Hierauf beginnt die Vernehmung Dittmars, die zuerst in russischer und dann in deutscher Sprache erfolgt. Dittmar erklärt, während der Haft erkannt zu haben, daß seine bisherigen nationalen Ideale ihn irreführt hätten. Er habe geglaubt, für vaterländische Interessen zu kämpfen, habe jedoch erkannt, daß seine bisherigen Freunde nur materiellen Interessen gedenkt hätten. Dittmar erklärte in der Schilderung seines Lebenslaufes, daß er der Sohn eines baltischen Grundbesitzers sei, 1921 in Berlin studiert und seine Studien später in Heidelberg fortgesetzt habe. Die Verbindung mit Kindermann sei durch den Zeugen Kose hergestellt worden. Nach einer viertelstündigen Unterbrechung der Verhandlung erfolgt eine Besprechung der politischen Situation in Deutschland und des Wesens der östlichen Verbände, was zur Beurteilung der politischen Individualität der Angeklagten für notwendig gehalten wird. Nach Verlesung der Anklageschrift erklärten sich Kindermann und Wolsch für unschuldig, Dittmar für schuldig.

Protest gegen sowjetrussische Lügen.

Der Polizeipräsident teilt mit: Die „Rote Fahne“ hat heute den ersten Teil der Anklageschrift gegen die deutschen Studenten veröffentlicht, die sich zurzeit vor dem Obersten russischen Revolutionstribunal wegen Spionage zu verantworten haben. In dieser Anklageschrift wird in dem Abschnitt „Der Hauptangeklagte Spindel der Abteilung Ia“ und „Faschistische Attentate und die Severing-Politik“ behauptet, Kindermann, einer der Angeklagten, sei seinerzeit mit der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in Verbindung getreten, habe bei ihr als bezahlter Angestellter verschiedene Aufträge erledigt und als „Praktikant“ des Polizeipräsidiums Zutritt zum Geheimmuseum der Abteilung Ia gehabt. Er habe ferner als Agent dieser Abteilung sie über das in der faschistischen Organisation entstandene Bestreben zur Durchführung terroristischer Attentate gegen die Führer der Sowjetunion informiert und sich gleichzeitig bereit erklärt, an der Durchführung derartiger Pläne teilzunehmen. Alle diese Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen und entbehren jeder, auch der kleinsten tatsächlichen Unterlage. Die Abteilung Ia hat zu Kindermann, Wolsch und Dittmar weder mittelbar noch unmittelbar irgendwelche Beziehungen gehabt.

Deutsche Opfer des Marokkokrieges.

Die Fremdenlegion!

Genf, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch trafen in Genf vier deutsche Deserteure aus der spanischen Fremdenlegion ein. Sie waren nach ihren übereinstimmenden Berichten im August 1924 von dem spanischen Konsul in Hamburg für die Sozialgendarmerie in Marokko angeworben, wurden jedoch dann in Ceuta gezwungen, sich unterschrieben für einen vierjährigen Kriegsdienst zu verpflichten. Sie berichten von schweren Verlusten der Spanier in den letzten Kämpfen. Von den 1200 Deutschen in der spanischen Fremdenlegion seien über 800 tot, verwundet oder gefangen.

Verkehrsordnungsmathematik.

Es ist da ein schwieriges Problem der Verkehrsordnungswissenschaft zu klären. Etwas, was in das Gebiet der höheren Mathematik hinübergreift und vom Wege der gefunden Vernunft bei seinen verwinkelten Folgerungen bedenklich, sehr bedenklich abbiegt. Sankt Bureaucratius konstruiert hier Geheimmisere, die zu lästigen er großmütig einem lebenswürdigen Amisgerichtsrat, einem Staatsanwalt und einem Gerichtsreporter überläßt. Ein Chauffeur steht vor Gericht und will beweisen, daß selbst ein Künstler die Linden nicht ohne ein Strafmandat passieren kann. 5 Mark hat man ihm wegen Verletzung der Verkehrsordnungen aufgedrückt. Es handelt sich um folgendes: Seere Wagen dürfen die Linden nicht herunterfahren. Der „Angeklagte“ kam durch die Friedrichstraße, lud dort seine Menschenladung dicht vor den Linden ab, und wollte nun die Linden rechts herunter zum Halteplatz fahren. Aber gemacht, das darf er nicht. Er darf nur die Linden überqueren, und muß dann in die nächste Seitenstraße einbiegen. Die Sache ist wahnsinnig schwierig, kein Mensch weiß etwas von dieser goldmark-schlingenden Straßensache, aber dem paragrafengestärkten Auge des Geheimes muß Gemüts gegeben. Der Oberwachmeister bestätigt das Delikt augenrollend, indem er die Hoden zusammenschlägt. Der Amisgerichtsrat weiß, daß er hier mit ausgefüllten Paragraphen, einem Messer ohne Klinge gleich, operieren muß, arbeiten muß. Und achselzuckend ermächtigt er auf drei Mark.

Aber noch ein Fall. Ein unglücklicher Kraftwagenführer fährt an der Neustädtischen Kirchstraße herunter, um hinter der Friedrichstraße an irgendeinen Punkt zu gelangen. Die Linden sind unpasseierbar. Rechts kann er nicht einbiegen. Verbotstafeln überall, wozu das Chauffeurauge blinzelt. Der Mann kommt nicht ans Ziel, auch beim allerbesten Willen nicht. Er ist rettungslos umzingelt. Er muß Kilometerumwege machen, daß ihm die Haare, soll heißen Reifen und Benzin ausgehen. Umsonst. Er wird das verumwundene Land niemals erreichen. Die höhere Mathematik der Verkehrsordnung will es so. Auf daß das Lindenprestige gewahrt bleibt. Und der verschimmelte Bureaucratius beweisen kann, daß er noch immer lebt, und uns mit seinem unverständlichen Formelwust das Leben veretelt — trotzdem wir ihn totschlugen, hundert- und tausendmal. Er scheint unsterblich, allen Pfeilen unverwundbar. Nur eines kann er nicht vertragen: Zugluft. Sorgen wir für einen mächtigen Orkan.

Wieder ein Artistenunfall.

Der Turnseilkäufer im Ulap tödlich verunglückt.

Nachdem erst am Mittwochabend der Todespringer Cliff Veros im Vergnügungspark „Ulap“ am Lebrter Bahnhof bei der Durchführung seines artistischen Kunststückes abstürzte und gegenwärtig noch schwerverletzt im Sanatorium liegt, hat sich gestern Abend wiederum ein Unglücksfall ereignet. Der Turnseilkäufer Biepel, der im 56. Lebensjahr steht und in Lichtenberg, Oberstraße 26 wohnt, stürzte Abends gegen 10 Uhr kurz vor Beendigung seines Seillaufes aus etwa 20 Meter Höhe ab und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Der Unfall hätte unmöglich einen so tragischen Ausgang nehmen können, wenn das Fangnetz gehalten hätte, das vorschriftsmäßig unter dem Drahtseil befestigt war. Der Seilkäufer durchschlug aber das morsiche Netz und zog sich beim Auffallen auf die Erde die tödlichen Verletzungen zu. Wenn die Schuld an dem Vergehen der Schutzvorrichtung zuzuschreiben ist, muß die Untersuchung ergeben. Der Zuschauer bemächtigte sich nach diesem zweiten Unfall im Ulap eine große Erregung.

Ein Volkspark in Neukölln.

Am Ausgang der Hasenheide, auf dem Tempelhofer Felde, neben dem Garnisonfriedhof und Flugplatz, hat die Stadt Berlin ein Terrain von 30 Hektar vom Fiskus gepachtet, auf dem seit Jahren eilig bebuddelt wurde. Es galt, eine neue „Lunge“ für den Bezirk Neukölln zu schaffen. Trotz aller finanzieller Schwierigkeiten während der Inflation und nachher ist hier ein Stück Kulturarbeit geleistet worden, daß, wenn es in ein oder zwei Jahren restlos fertiggestellt sein wird, Tausende von Erholungsbedürftigen erfreuen wird. Eine Freilichtbühne, die einige tausend Zuschauer aufnehmen kann, ist bereits fertig und noch in diesem Sommer werden die ersten Aufführungen stattfinden. Der Spielplatz in einer Größe von 3000 Quadratmeter, der zwar noch nicht in seiner ganzen Ausdehnung mit Gras bestanden ist, wird unseren Sportlern und Kindern angenehme Stunden der Abwechslung und Körpererhaltung bieten. Aber auch im Winter wird der Park von Jubel und Freude widerhallen. Die Spielwiese bekommt dann eine Spiegelglatte Eisfläche, die größte Eisbahn Berlins, und auch die Rodelbahn mit ihren 300 Meter Länge und 20 Meter Steigung dürfte Jung und Alt herauslocken. Vor einigen Tagen wurde unter zahlreicher Beteiligung der städtischen Körperschaften Berlins und Neuköllns, der Oberbürgermeister Böhm war persönlich erschienen, die Einweihung des Volksparks vollzogen. Als Vertreter des Bezirksamtes begrüßte Stadtrat Gen. Radtke die Stadtvertreter und Gäste und wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die sich den Arbeiten entgegenstellten. Der Oberbürgermeister dankte dem Redner für seine vorbildliche Arbeit. Die Feier wurde umrahmt von Konzert, ausgeführt vom Binnig-Orchester. Der Berliner Schwarmmeisterliche Kinderchor brachte einige Lieder zu Gehör, die gut und sicher vorgetragen wurden. Freizeitung und Volkstänze von Schülerinnen des 1. Neuköllner Lyzeums beschloffen die Feier.

Spielplatz, Wohnungsbau und Kirche.

Man schreibt uns: Auf dem großen freien Platz an der Kreuzung der Eisen-, Graech-, Wildenbruch- und Pfeiffer-Straße wurde nach der Revolution, hauptsächlich durch die Fürsorge unserer Genossen in der Gemeindevertretung, ein nicht eingezäunter öffentlicher Spielplatz angelegt. Vor einiger Zeit wurden die Bänke und Sandspielstätten entfernt. Die Hälfte des ehemaligen Spielplatzes ist jetzt eingezäunt. Hier wird, um dem auch in Treptow starken Wohnungsbedarf ein wenig abzuhelfen, ein großer Genossenschaftsbau errichtet. Auf der anderen Hälfte soll eine evangelische Kirche erbaut werden. Zu Bezeiten der frommen Auguste Viktoria und des kürzlich verstorbenen bigotten Freiherrn von Mirbach wurde Groß-Berlin vor dem Kriege mit Kirchenbauten überhäuft. Kein Vierteljahr verging ohne eine mit höflichem Klimbim in Szene gesetzte Kirchenweihe. Mit den Kosten der wilhelminischen Kirchen- und Denkmalsucht hätten hunderte von Wohnhäusern gebaut werden können. Heute haben wir lüftige, wertvolle Denkmalsuppen, die seit Jahrzehnten das Gespött der Welt bilden, und leerstehende Kirchen haufenweise. Wozu also wieder eine neue kostspielige Kirche? Das Eingehen des bezeichneten Spielplatzes, der übrigens nicht stark benutzt wurde, kann bedauert werden, aber Wohnhäuser sind vorläufig weit notwendiger als Kirchen.

Zwei Falschgeldprozesse.

Zwei Falschmünzprozesse mit verschiedenem Ausgangs beschaffigten hintereinander eine Abteilung des Schöffengerichts Mitte. In dem ersten Falle war der Techniker W. des Münzverbrechens angeklagt. Er war eines Tages auf der Reichsbank abgefahrt worden, als er dort eine aus Millionen in Billionen abgeänderte Banknote einwechseln wollte. In der ersten Ausfragung hatte er auf der Polizei zugegeben, daß er zum Scherz, wie das diese Leute getan hätten, manchmal einen Schein umgeändert habe. Er bestritt aber in der Verhandlung, daß es sich in diesem Falle um einen derartigen von ihm selbst umgeänderten Schein gehandelt hätte. Im Gegenteil sei

er gerade deshalb zur Reichsbank gegangen, weil er sich überzeugen wollte, ob die Note, die er erhalten hatte, wirklich echt sei. Das Gericht konnte nicht annehmen, daß ein Münzfälscher so blödsinnig sein werde, ausgerechnet zur Reichsbank zu gehen, wo doch in erster Reihe die Fälschung entdeckt werden müßte. Deshalb kam das Gericht zur Freisprechung. Dem Angeklagten kam dieses Urteil so überraschend, daß er voll Dank dem Vorstehenden die Hand reichen wollte, sich dann mit einer tiefen Verbeugung und „Auf Wiedersehen“ verabschiedete. „Das wollen wir in Ihrem Interesse“, so erklärte unter allgemeiner Heiterkeit der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Gatzl, „nicht wünschenswert.“ — In dem zweiten Falle wurde dem Gericht der Mechaniker Willi S. vorgeführt, um sich ebenfalls wegen Münzverbrechens zu verantworten. Dieser Angeklagte bot ein ganz anderes Bild. Man hatte es mit einem vieljährig vorbestraften „schweren Jungen“ zu tun, der aus dem Zuchthaus in Raugard kam, aber nicht direkt. Er gab an, daß er sich von dort „entfernt“ habe, was der Vorsitzende in entwichen und deutete. Dieser Angeklagte hatte in verschiedenen Geschäften verkehrt, falls Dreimarkstücke unterzubringen und war dabei abgefahrt worden. Seine Verteidigung war ziemlich originell. Er behauptete, daß er sich aus hygienischen Gründen mit dem schmutzigen Papiergeld nicht habe abgeben wollen und sich daher eine Münzsammlung zugelegt habe. Die Not habe ihn aber gezwungen, von seinen Schätzen etwas zu verkaufen. Er habe keine Ahnung gehabt, daß er selbst mit falschem Geld hineingelegt worden war. Natürlich bewertete das Gericht diese Erzählung des alten Zuchthäuslers in der Weise, wie es sich gehörte, und gab ihm noch eine Zusatzstrafe von einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus.

Schwarzweißrote Logik.

„Teugebiente Kaiserliche“ dürfen nicht bestraft werden. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich ein Kaufmann S. wegen Preistreibern zu verantworten. In seiner Pension ging es hoch her. Nachtbetrieb mit Gett, Weinen, Likören und entsprechenden Preisen. Das ist nichts Neues mehr in Berlin, auch daß ab und zu einer dabei erwischt wird. Doch die Verantwortung des Preistreibers ist, wenn auch nicht neu, doch kennzeichnend für die Psychologie schwarzweißroter Kreise. Die Rechtsprechung in politischen Fällen läßt bei diesen Kaisertrauen immer mehr die Rechnung aufkommen, daß sie auch in anderen Strafsachen mit ihrer Gefinnung die Gerichte beeinflussen können. So spielte denn auch der Angeklagte entwirrt folgenden Trumpf aus: „Mich als treuen gedienten 24-jährigen kaiserlichen Afrikaner, der seinem Kaiser stets treu zur Seite stand, kann der Gerichtshof doch nicht deshalb verurteilen. Ich habe als treuer Diener nicht so was nötig.“ Man fragt sich bei solcher Anschauung, ob der Mann noch im Besitze seiner Geisteskräfte oder wahnsinnig ist. In letzterem Falle muß man freilich zugeben: Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode.

Der Staatsanwalt beantragte 6 Wochen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, das Gericht verurteilte ihn zu 500 M. Geldstrafe. Hierzu wäre noch zu bemerken, daß sich schmerzlich jemand mit: „Ich als roter Sozialist oder als überzeugter Republikaner“ in derartigen Fällen vorstellen würde, in der Meinung, daß ihm das schwerlich wohlwollend ausgelegt würde. Wozu sich ein jeder selber sein Versein machen kann, ist die Tatsache, daß dem alten „kaiserlichen Schwarz-Weiß-Rot“ so wunderbare, gegen gerichtliche Strafen gefeit machende Kräfte zugetraut werden.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Gestern nachmittag fand auf dem Tiergarten Sportplatz ein großes Werbesportfest des Sportklubs Brandenburg statt. Das schöne Wetter hatte hier, wie auch zu anderen sportlichen Veranstaltungen, zahlreiche Zuschauer angelockt. Etwas ganz Eigenartiges, was der alte Berliner sonst nur auf dem „aus der Mode gekommenen Kummel“ zu sehen bekommt, sind die Jiu-Jitsu-Vorführungen und Bogkämpfe in öffentlichen Anlagen der Stadt. So gab der Jiu-Jitsu-Klub „Tiergarten“ am Saalungsplatz eine Freilichtvorstellung und der Brandenburgische Bogverband regierte Bogkämpfe im Schillerpark und Lustgarten. Gestern Abend umfärbten viele Zuschauer den im Lustgarten errichteten Bogkämpfer. Ihre Geduld wurde auf eine harte Probe gestellt, denn die um 6 Uhr angelegten Kämpfe nahmen erst gegen 8 Uhr ihren Anfang. Eine charakteristische Erscheinung bei solchen Zusammenkünften, die berühmten Berliner „Taschentreiber“, kamen nicht auf ihre Kosten, denn uniformierte und Kriminalpolizei gaben scharf Obacht. Verdächtige Gestalten wurden beiseite vom Blage verwiesen. Die Kämpfe und Spiele wurden überall von einem dankbaren Publikum beifällig aufgenommen. Auch an den üblichen Freudenausbrüchen, Dakapo usw. fehlte es nicht.

Schwerer Autounfall auf der Potsdamer Chaussee. Ein schwerer Autounfall ereignete sich gestern in den späten Nachstunden in Zehlendorf, auf der Potsdamer Chaussee, vor dem Sanatorium „Waldhaus“. Ein Personentransportwagen stürzte, als er eine Pferdebrücke überholte, um, so daß zwei der Insassen hinausgeschleudert wurden. Während der Führer mit leichten Verletzungen davon kam, mußte der andere mit schweren Rippenbrüchen dem Krankenhaus zugeführt werden.

Die Kommunisten sind anscheinend von der Demonstration psycholo. Schon wieder einmal veranstalteten sie gestern Abend eine Protestdemonstration auf dem Winterfeldtplatz in Schöneberg. Das Thema lautete: „Gegen die bulgarische Henkersjustiz und die Blutjustiz des Staatsgerichtshofes“. Das durch Presseaufrufe zusammengebrachte Aufgebot von Kommunisten war nicht erheblich. Vor allem fehlten Frontkämpfer und Jugendliche, die den Platz füllten. Nach Ansprachen, die wenig Neues und sehr heftige Anklagen, z. T. auch an die verehrte Adresse brachten, lehrten die Züge in ihre Bezirke zurück.

gustav nagel lebt. Vor einiger Zeit hörte man, daß der weit über die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus bekannte Naturapostel gustav nagel das Zeitliche gesegnet habe. Glücklicherweise aber scheint es gustav nagel wie so vielen anderen Berühmtheiten gegangen zu sein. Man hat ihn fälschlich totgesagt. Wichtiges teilt die Bürgermeisterei Krenndee, in deren Bereich gustav nagel wohnte, mit, daß der Naturapostel allen gegenteiligen Nachrichten zum Trotz noch froh und gesund auf Erden weise. Sollte der geschäftstüchtige gustav sich da etwa einen kleinen Reklametric gefeilt haben?

Kirchenbruch auf Nikolstoe. In der letzten Nacht drangen Diebe in die Kirche von Nikolstoe und entwendeten einen Klaxteppich. Das wertvolle Altargerät war in Sicherheit gebracht; die Diebe konnten nicht heran. Sie hatten versucht, in die Gruft des Prinzen Karl einzudringen, stießen aber dort durch das schwere Schloß auf Widerstand.

Eine Schuhreparatur-Werkstätte für Erwerbslose ist im Bezirkamt Kreuzberg eingerichtet worden. Die Werkstätte ist dem Arbeitsamt angegliedert und übernimmt die Instandsetzung des Schuhwerks der Unterstützungsbegüter und ihrer Familienangehörigen zum Selbstkostenpreis.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Arellet! Die für die Dienstag-Rundgebungen angefertigten Handzettel sind fertig und morgen, Sonnabend, bis 4 Uhr im Sekretariat, Lindenstr. 3, abzuholen. Jeder Kreis muß an der Verteilung derselben mitwirken.

Die Arbeitgeber auf dem Kriegspfad.

Ein Rundschreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Vom Kabinettschef der Direktion der Disconto-Gesellschaft wurde folgendes Rundschreiben am 12. Juni in Sachen „Ausperrung im Holzgewerbe“ den auswärtigen Bankvereinigungen „streng vertraulich“ zugefandt:

„Wir gestatten uns, Ihnen nachstehend mit der Bitte um Kenntnisnahme Abschrift eines Schreibens zu überreichen, welches der Reichsverband der deutschen Industrie an den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes gerichtet hat. Seit einiger Zeit befinden sich verschiedene Landesverbände des Holzgewerbes in der Ausperrung. Gemäß einem einheitlichen Beschluß der zuständigen Spitzenorganisationen wird bis Sonnabend dieser Woche die Ausperrung auch in allen übrigen Betrieben des Holzgewerbes durchgeführt werden. Die Ursache für dieses Vorgehen ist darin zu sehen, daß seitens der Arbeitnehmerorganisationen Lohnforderungen verlangt worden sind, die die Löhne auf ein Niveau bis zu 100 Proz. über der Friedenshöhe treiben und gegenüber den derzeit im Holzgewerbe gezahlten Löhnen Steigerungen von durchschnittlich 30 bis 40 Proz. bedeuten würden.“

Es versteht sich von selbst, daß ein vorzeitiges Zusammenbrechen der vom Holzgewerbe eingeleiteten Aktion auf dem Gebiete der Lohnpolitik leicht Konsequenzen haben wird, die sich auch in den übrigen Unternehmungen zum Nachteil des Arbeitsfriedens und unter Umständen in erheblichen weiteren Belastungen unserer Produktion auswirken werden. Es ist demzufolge ein gemeinsames Interesse der deutschen Arbeitgebererschaft an der erfolgreichen Durchführung der Ausperrung im Holzgewerbe gegeben.

Am Hinblick hierauf richten wir an Sie die Bitte, in den maßgebenden Kreisen des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes darauf hinzuwirken, daß bei der weiteren Behandlung der den ausperrenden Firmen gewährten Kredite während der Zeit der Ausperrung diejenige Rücksicht genommen wird, die die erfolgreiche Durchführung der Ausperrung verlangt und die die finanziellen Verhältnisse der ausperrenden Betriebe als unbedenklich erscheinen lassen.“

Die Bedeutung dieses Rundschreibens ist nicht zu übersehen. Es wird damit zum ersten Male dokumentarisch festgestellt, daß die Spitzenorganisation der Arbeitgebererschaft nicht nur durch allgemeine Richtlinien, sondern auch

praktisch bei Einzelkämpfen eingreift und die gesamte Kapitalmacht zugunsten der jeweiligen Unternehmergruppe zu organisieren sucht.

Man scheut selbst nicht vor handgreiflichen Schwindereien zurück. So wird behauptet, daß die Lohnforderungen der Holzarbeiter bis 100 Proz. über Friedenshöhe und 30—40 Proz. über den gegenwärtigen Löhnen liegen. Nun hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie selbst nur von 25—30 Proz. gesprochen. Was das Verhältnis zu den Friedenslöhnen betrifft, so betrug die durchschnittliche Forderung noch nicht 60 Proz., in keinem Fall über 70 Proz. mehr, als die Friedensnominallöhne waren. Stellt man die Teuerung mit 50 Proz. in Rechnung und berücksichtigt man, daß es sich zunächst um Forderungen als Verhandlungsgrundlage handelte, dann weiß jeder Einsichtige, daß das Ziel der Lohnforderung die annähernde Erreichung des Friedensreallohnes war.

Aber die Tragweite des Rundschreibens liegt nicht in dieser traditionellen Verschleiерung der Wahrheit, sondern in dem aktiven Eingreifen der Unternehmerorganisationen, um eine andere, in frivoler Weise zum Angriff übergehende Organisation von vornherein zu unterdrücken und damit die schlimmsten Scharfmachereien zu fördern. Die Spitzenorganisation der Arbeitgeber, das liegt klar zutage, will keine Verständigung, sondern brutalen, rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeitnehmererschaft. Das sei hiermit ausdrücklich festgestellt. Ueber das Ergebnis dieses Kampfes mögen sich die Unternehmer bei ihrer Spitzenorganisation bedanken.

Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner.

Köln, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag trat in Köln die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter zu einer außerordentlichen Generalversammlung zusammen, um zu den Verhandlungen über die Verschmelzung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband Stellung zu nehmen. Der durch die Sachungskommission der beiden Organisationen vorgelegte Sachungsentwurf für den Einheitsverband wurde nach eingehender Debatte en bloc angenommen.

jedoch unter der Voraussetzung, daß über Beitragsregelung, Namen der neuen Organisation und die Unterstützungsfähigkeit nochmals in Verhandlungen mit dem Deutschen Eisenbahnerverband eingetreten werden soll. Die Reichsgewerkschaft wünscht für die neue Organisation den Namen „Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands“. Am Freitag vormittag treten die beiden Organisationen im Tagungstokal des Deutschen Eisenbahnerverbandes zur ersten gemeinsamen Tagung, in der über die Gründung der neuen Organisation formell Beschluß gefaßt werden soll, zusammen. Unzweifelhaft wird diese Tagung, die zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Vereinigung einer reinen Beamten-gewerkschaft mit einer Arbeiterorganisation zu einer großen Einheitsgewerkschaft zum Gegenstand hat, von grundlegender Bedeutung für die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein.

Die Abwanderung vom Lande.

In der „Eckernförder Zeitung“ Nr. 120 ist folgendes Inserat zu finden:

Landarbeiter!

Für Ostpreußen werden verheiratete Deputanten und Gespannführer gesucht. Näheres teilt der öffentliche Arbeitsnachweis in Eckernförde (Reichshaus, Zimmer 16) mit.

Eckernförde, den 20. Mai 1925.

Der Vorsitzende des öffentlichen Arbeitsnachweises:
Ringer.

Dieses Inserat bestätigt, was wir wiederholt beleuchtet. Die Abwanderung vom Lande nimmt die bedenklichsten Formen an. Soweit Ostpreußen in Frage kommt, wird der Eindruck noch verstärkt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dort noch vor ganz kurzer Zeit kein ostpreussischer, viel weniger ein auswärtiger Deputatarbeiter Stellung bekommen konnte, wenn er nicht mindestens zwei jugendliche Hofgänger mitbrachte. Heute ist man zufrieden, wenn man überhaupt einen landwirtschaftlichen Arbeiter bekommt. Sehen die Agrarier jetzt nicht selbst ein, daß es ihre reaktionäre, auf kurzfristige Profitinteressen gestellte Politik ist, die diese Landarbeiter not verurlicht? Erst werden die Landarbeiter vertrieben, dann versucht man sie von weither wieder heranzuholen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Schriftföhrer: Arthur Sateraus; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Neuland: Dr. John Schimanski; Sozial- und Sozialisten: Art. Kerschödt; Anzeigen: Th. Gieseler; Familien in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1.

**Herren-Garderobe
Damen-Konfektion
Bett-u. Leibwäsche
Gardinen etc.**

Kredit

in größter und reichster Auswahl zu
speziell leichten Zahlungsbedin-
gungen liefert das neuerröfnete

Kredithaus „Felix“
Veteranenstr. 2, 1. Etage
Ecke Brunnenstraße, vis à vis Jandorf.

Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen.
Eigene Fabrikate in gediegenen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei

Wilhelm Schulze
Monbijoustr. 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Zähne 1 u. 2 O.M. auf Teilzahlung

gestattet die Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 3 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.
3 G.-M. an. Zahn mit Retäub 1 G.-M. b. Besteile
von Gebissen gratis Rat und Munduntersuchung gratis
jähre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Halvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
hauser Allee.**
Vorzeiger 10% Rabatt.

**Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse**

gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung

Zahn-Praxis med. Wolf, Potsdamer Str. 55
Sprechst. 9-7. Sonnt. 9-12 — 1 Min. Hochb. 80 Löwstr.

Ischias

in allen Fällen
und bei, wenn
auch langjährig
in 15 Tagen sind
schwere Fälle beseitigt worden. Ganzschmerzlos
Heilung und Reflexion. Arztl. empfohlen.
Lokalitätenstr. 108. 9-11. 1-4. Sonntags 10-12. Jandorf

Auf Teilzahlung

Herren-
Kleiden
**Garderobe
Gummi-Mäntel** 1. Damen
Gerings Wochen- oder Monatsraten
Bettwäsche, Gardinen, Teppiche,
Korbmöbel, Metallbetten

Antel. Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz
Gegründet 1901

**Berliner Elektriker-
Genossenschaft**

angeschl. dem Verb. sozialer Handbetriebe
Berlin N24, Elsäßer Str. 86-88
Fornenmacher, Norden 1198
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Platzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen - Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Adolf Hoffmann

**Episoden und
Zwischenrufe**

aus der Parlaments- und
Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.

**Vorrätig
in allen Vorwärts-
Ausgabestellen.**

**Der gute Kapitän-
Kaulabak**

ist in den meisten Depar-
tementsbibliotheken erhältlich

C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3861

Stein der Weisen

Die ideale Nagelpflege
überall erhältlich

KOPP & JOSEPH
BERLIN W.

HUNDE

Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.

Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

LJUE RGENS
ALEXANDER PLATZ

Das große
Papierprogramm



Damentaschen-Fabrik

Autorialleder - Koffer 8.90. Ledt Goffan-
Koffer 8.90. Coupé-Koffer von 8.00 an!
Kleintaschen, Kinnleder mit Griff 8.50
auch Einzelverkauf!

Lederwarenfabrik Meigel
Prinzstr. 89 jüdisch. Kochpl. u. Ritterstr.

SONDER-ANGEBOTE

Crepon 72 Pf. einfarbig, in vielen Farben Meter	Reinw. Streifen 1 95 auf hell und dunkel Fond, für Kleider Meter	Foulard 5 90 reine Seide, aparte Muster, doppeltbreit Meter	Kasak a. baumw. 2 90 Musseline in allen Gr. 4 95 mit lg. Arm m. kurz. Arm	Damen-Hemd 1 25 fester Stoff mit breiter Spitze
Crêpe marocain 90 Pf. für Kleider, hübsch. Must.	Eolienne 4 50 Wolle mit Seide, in den neu- sten Farben, 100 cm br., Metr.	Kleider 3 75 aus baumw. Musseline in vielen Farbensort. 4 95	Kasak 5 90 aus baumwollenen Crêpe- Stoffen, in vielen Dessins ..	Nachthemd 2 95 für Damen, mit Einschnitt u. reicher Stickereigarnierung..
Satinets 98 Pf. 80 cm breit, moderne Druckmuster Meter	Kunstseide 2 90 gestreift u. kariert, für leichte Sommerkleider, waschbar, Metr.	Kleider 9 75 Kunstseidentrikot, mit sparten Malereien... 16 50	Mäntel aus Donegal, 9 75 Covercoat u. Tuch, in allen Farben u. Größen 19 75	Unterkleid 3 75 Kunstseide, in vielen Farben und Größen
Mod. Filzhut 4 90 mit Bandgarnitur in verschie- denen Farben.....	Strümpfe 75 Pf. für Damen, Baumwolle, Doppelt., schwarz u. farb.	Sakko- Anzüge 26 50 42,00 35,00	Herrenhut 2 90 moderne Farben und Formen	Damen-Weiss-Leinen- Halbschuhe 2 90 moderne Formen.....
Schlüpfer 1 25 für Damen, Baumwolle, in vielen Farben	Socken 48 Pf. für Herren, schwarz und farbig.....	Sport- Anzüge 35 00 45,00 39,50	Binder 75 Pf. grosse, offene Form, neueste Muster	Damen-Leder- Hausschuhe 3 90 mit guter fester Ledersohle und Absatzflock